

„Hunderte Milliarden für die Rüstung? Nicht mit uns!“ – [Ostermarsch am 19.4.2025 in Heidelberg](#)

Redebeitrag von Janek, Linksjugend [solid], Heidelberg

Liebe Genoss:innen, liebe Freund:innen,

wir stehen heute hier für einen soziale Frieden gegen Aufrüstung, sozialen Kahlschlag und gegen die "Zeitenwende" hin zur Kriegstüchtigkeit der Bundesrepublik Deutschland.

Überall auf der Welt herrscht oder droht Krieg. Der Genozid in Palästina, der Angriff auf die Autonome Region Nord- und Ost-Syrien Rojava, der seit über 2 Jahre andauernde Bürger:innenkrieg im Sudan und natürlich der russische Angriffskrieg in der Ukraine.

Die Bundesregierung, die EU und die NATO haben das erneute Aufflammen des Ukrainekriegs 2022 zum Anlass genommen, immer weiter die angebliche Notwendigkeit zur Aufrüstung und Kriegsfähigkeit der Bevölkerung zu propagieren. Die Werbung der Kriegstreiber:innen ist überall zu sehen: auf Bahnen, an Schulen, in Universitäten, an Plakatwänden und vor allem in Internet. Als 2016 die Bundeswehr ihre Propagandakampagne an Minderjährige mithilfe der Webserie „die Rekruten“ begann und auf Messen für junge Menschen auftauchte, wurde das mehrheitlich stark kritisiert. Nicht mal 10 Jahre später ist sie Stammgast auf diesen Messen, ist in den Schulen und Universitäten aktiv und nutzt die starken parasozialen Beziehung der Influencer:innen zu den immer stärker vereinsamten Kindern, die sie schauen, aus. Sie wollen sie für ihren Krieg. Stellen wir uns vor, dass ein Kind auf dem Weg in die Schule, auf der Bahn, mit der es fährt, Werbung für die Bundeswehr sieht. In der Schule wird dann diskutiert, wie es in Deutschland im Kriegsfall aussehen würde, bevor ein Soldat einen Vortrag über die "schönen Seiten" der Bundeswehr und die „guten Werte“, die dort angeblich vermittelt werden, hält. Und wenn das Kind dann nach Hause geht, und dessen Lieblingsinfluencer schaut, ist das neuste Video eine Kollaboration mit der Bundeswehr.

Damit die Kinder in Deutschland wirklich zu jeder Tageszeit und in jeder Situation dazu gedrängt werden können, für die Kriegstreiber:innen zu sterben. Am besten verpflichten sich die Jugendlichen noch vor dem 18. Lebensjahr und noch vor Beendigung der Schule.

Alle, die es dennoch geschafft haben, diesen Werbekampagnen zu entgehen, sollen dann noch zusätzlich belästigt werden. Die Musterungsfragebögen, die alle mit männlichem Geschlechtseintrag, der älter als 6 Monate ist, und alle mit einem anderen Geschlechtseintrag, der jünger als 6 Monate ist, ausfüllen müssen, dient letztendlich nur der Stufenweisen Wiedereinführung der Wehrpflicht. Die bürgerlichen Parteien versuchen sich, um dieses Wort zu umgehen, an den unglaublichsten Wortneuschöpfungen wie dem "verpflichtenden Freiwilligendienst" oder dem "sozialen Pflichtjahr". Für die faschistischen Parteien ist der Ruf klar: "Auf ins Militär, dort werdet ihr wieder zu echten Männern!".

Wir sagen ganz klar, wir wollen keinen Pflichtdienst, keine Wehrpflicht, wir wollen nicht morden und sterben für die Gewinne deutscher Konzerne und die "Sicherheit" des Staates und wir brauchen auch keine "echten Männer"!

Diese Kriegsfähigkeit der BRD geht zusätzlich Hand in Hand mit dem Sozialabbau, dem Umbau der Wirtschaft zur Kriegswirtschaft und dem panzerfesten Umbau der Infrastruktur. Für diesen Umbau braucht es Geld; die Reform der Schuldenbremse der neuen Bundesregierung drückt den Zeitgeist der Herrschenden sehr gut aus. Nach dieser Reform dürfen nun beliebig viele Schulden für Mordinstrumente und ihre Benutzer:innen und 500 Milliarden für den Kriegsumbau der Infrastruktur ausgegeben werden, aber kein Cent für soziale Hilfen und Bildung. Für uns gilt jedoch: jeder Cent in Kriegsmaterial ist einer zu viel; jede Kugel, die eine deutsche Waffe abfeuert, ist eine zu viel, jede:r Tote:r im Krieg ist eine:r zu viel.

Nach diesem Zeitgeist müssen Menschen an den Grenzen verhungern und werden erschossen, inhaftiert und gefoltert, Menschen in der BRD können ihre Miete, ihr Essen, ihr Leben nicht mehr bezahlen. Das alles, damit noch ein paar mehr Bomben auf Rojava, Gaza oder Syrien fallen können.

Es ist bezeichnend, dass VW wieder mit Rüstungsunternehmen verhandelt, um ihre Gewinne zu erhöhen, und der autoritäre Staat gleichzeitig die Menschen, die sich hier gegen das Morden stellen, verfolgt, inhaftiert und wenn möglich abschiebt. So wurden seit dem Verbot der PKK tausende Kurd:innen in Folterkeller der Türkei geschickt und nun droht auch noch 4 Genoss:innen in Berlin die Abschiebung aufgrund von palästinasolidarischem Aktivismus.

All das können wir nicht beenden mit einer Geste, dafür reicht es nicht, nur heute auf der Straße zu stehen und sich zu beschweren.

Der Staat wird nicht haltmachen von uns, er wird nicht aufhören bei den vier Aktivist:innen in Berlin oder den tausenden Toten im Nahen und mittleren Osten.

Um gegen diese Verhältnisse zu kämpfen, müssen wir uns widerständig organisieren. Das kapitalistische, nationalistische System basiert auf Krieg und Imperialismus und kann nur durch Gewalt und Krieg geschützt werden. Die Produktionsverhältnisse, in denen wir leben, genannt Kapitalismus, bedingen, dass die Besitzer:innen der Produktionsmittel, genannt Bourgeoisie, ihren Wirtschaftsraum immer weiter ausweiten und dabei Konkurrenz verdrängen. Wenn also das gesamte Gebiet eines Staates oder eines Freihandelsraums bewirtschaftet wird, muss das Gebiet zwangsläufig wachsen. Zwar sind es nicht die Unternehmen selbst, die die Bundeswehr planen und ausstatten - auch wenn Rüstungsunternehmen dabei heftig mitverdienen. Nein, der Staat als ideeller Gesamtkapitalist weiß, dass er im Vergleich zu anderen Staaten nur stark genug bleiben kann, wenn seine Bourgeoisie die größte, stärkste, reichste ist, und ermöglicht daher die Ausweitung des Wirtschaftsraums. Um all das zu beenden, müssen wir den Staat mitsamt der Bourgeoisie entmachten. Denn wir wissen, dass nicht die Bourgeoisie stark und mächtig sein muss oder ein natürliches Vorrecht auf die Produktionsmittel hat. Nein, es sind wir, das Proletariat, das die Mehrheit ist, das arbeitet, das sich von der Herrschaft des Kapitals befreien kann und muss. Solange es Herrschaft gibt, wird es Kriege geben, solange es Kriege gibt, wird es Herrschaft werden.

Für eine internationale Revolution, Hoch die internationale Solidarität.